

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30.- M., monatl. 10.- M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 10.- M., einjähr. 100.- M.
Kontingentsgebühren. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich 16,50 M.,
für das übrige Ausland bei täglich
einmaliger Zustellung 21,50 M. Post-
gebühren nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz. - Eingetragene in
die Post-Zustellungs-Verzeichnisse.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“ und der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ erscheint
wöchentlich zweimal, Sonntags und
Montags einmal.

Telegraphisch - Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90 - 151 97

Montag, den 21. März 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53 - 54

Anzeigenpreis:
Die achtgepaltenen Konvolutblätter
kosten 5,50 M. „Kleine Anzeigen“
das letztebedruckte Wort 1,50 M. (zu-
lässig zwei letztebedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1.- M. Stellengeld
und Schlüsselzeilenanzeigen das erste
Wort 1.- M., jedes weitere Wort
50 Pfg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Preis 2.- M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Zerwerbsaufschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 6 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gebühren
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Abstimmungssieg in Oberschlesien.

Ob schon auch in den Mittagsstunden des Montag noch keine endgültigen Resultate von der ober-schlesischen Abstimmung vorliegen, so lassen die bisher eingelaufenen Einzelmeldungen doch mit einer sicheren deutschen Mehrheit von mindestens 60 Proz. rechnen. Berliner Morgenblätter, die zunächst nur die Meldungen aus den hauptsächlich deutschen Kreisen und Städten vorliegen hatten, haben bereits von „glänzendem“ oder „überwältigendem“ deutschen Siege gesprochen. Vor Ubertreibungen kann jedoch nicht ernst genug gewarnt werden.

Das ober-schlesische Abstimmungsgebiet ist nicht von einheitlicher Struktur, weder in nationaler noch in wirtschaftlicher Beziehung. Rein deutschen Kreisen und Städten stehen große Industriegemeinden gegenüber, die hauptsächlich von polnischsprachiger Bevölkerung bewohnt sind. Aber wenn man die bisher vorliegenden Zahlen aus den verschiedenen Distrikten zusammenrechnet, so ergibt sich trotz des polnischen Terrors und der lang andauernden gewalttätigen Propaganda ein sehr erfreuliches Uebergewicht der deutschen Stimmen, so daß man mit gutem Gewissen von einem weithin sichtbaren Siege der deutschen Sache sprechen kann. Wie an anderer Stelle zu lesen, stehen bisher etwa 550 000 polnischen Stimmen rund 750 000 deutsche gegenüber. Wenn es nach Recht und Billigkeit ginge, so wäre durch diese Volksabstimmung das Schicksal Oberschlesiens entschieden. Es wäre jedoch verkehrt, wenn man sich heute schon in Siegesgefühle einlassen wollte. Denn nach dem Friedensvertrage kann und wird wahrscheinlich die Entente den Versuch machen, die ober-schlesischen Grenzen neu festzusetzen unter Berücksichtigung der gemeindefreien Abstimmung und der wirtschaftlichen Beziehungen. Das sind sehr dehnbare Begriffe, und wir können nach allem Borgefallenen nicht das Vertrauen haben, daß die Entente-Staatsmänner diese Dehnbarkeit nicht zugunsten Polens zu verwenden beabsichtigen.

Wer es muß doch schon unter dem ersten Eindruck der Abstimmungszahlen mit aller Klarheit ausgesprochen werden, daß für Deutschland die ober-schlesische Frage eine einheitliche Frage ist, und daß jede Teilung Oberschlesiens im Angesicht dieser Volksabstimmung als eine Verletzung des Friedensvertrages empfunden werden wird. Die Oberschlesier im Reich, die zu Hunderttausenden in ihre Heimat geeilt waren, haben die Mühe dieser Abstimmungsfahrt nicht unternommen, die Deutschen in Oberschlesien haben den polnischen Terror nicht monatelang ertragen in der Voraussetzung, daß das Ergebnis der Abstimmung schließlich umgebogen werden dürfe zugunsten der Polen.

Wir wollen deshalb heute schon neben unserer Freude über den deutschen Erfolg auch die Erwartung aussprechen, daß er als solcher anerkannt und vom Obersten Rat bei der Festlegung der Grenzen respektiert wird. Oberschlesien ist ein einheitliches Wirtschaftsgebiet und muß es bleiben. Jede Zerstückung würde es in seinem Gesamtwerte mindern. Das muß man auch in Paris gelten lassen, selbst im Interesse der Polen, von denen sehr viele offen ausgesprochen haben, daß sie entweder das ganze Oberschlesien oder gar keins haben wollten.

Wenn jetzt eine für ober-schlesische Verhältnisse außerordentlich beachtliche Mehrheit sich für das Verbleiben dieses Landesteils bei Deutschland ausgesprochen hat, so danken wir das nicht zuletzt der Tatsache, daß das wilhelminische Unterdrückungssystem des Hofatismus beseitigt und an seine Stelle die Republik getreten ist, die auch den sprachlichen Minderheiten ihre Rechte gewähren wird.

Lange Zeit vor dem Weltkrieg und vor der nationalstischen Ueberhöhung Europas, hat Jaurès das Wort von der Nation geprägt, die das Schicksal klein der Völker sei. Und nichts anderes ist uns der Begriff „Vaterland“, als die Zusammenfassung aller Menschen mit gleicher Sprache und gleichen Sitten zu einem einheitlichen Staatsgebilde, in dem es erst möglich ist, die körperlichen und geistigen Fähigkeiten seiner Bewohner aufs höchste zu vollenden, um die Früchte der Arbeit und der Wissenschaft im friedlichen Verkehr mit allen Völkern auszutauschen und sie allen Staaten teilhaftig werden zu lassen. Wir brauchen unsere Vaterlands-iebe und unsere Treue zur Volksgemeinschaft nicht auf allen Oasen und Märkten auszusprechen! Wenn wir unsere Wälder und Felder sehen, unsere Städte und Fabriken, unsere Technik, unsere Kunst und die Werke unserer Dichter und Denker, dann wissen wir, was Nation und Vaterland ist.

Das Gleiche erleben wir bei allen anderen Völkern. In dem wir politische, wirtschaftliche und soziale Freiheit und Gleichheit für alle Bewohner unseres Landes fordern, verlangen wir sie ohne Unterschied für alle Staaten und sehen in solchem Nationalismus die Internationale der Völker, die nicht in Rassenverheerung und blutigen Kriegen, sondern

Bisher 749 000 Deutsche, 553 000 Polen!

Aus den vielen Einzelmeldungen lassen sich bis 11 Uhr vormittags folgende Gesamtergebnisse errechnen: Es sind bisher gezählt worden 749 000 deutsche und 553 000 polnische Stimmen.

Die Ergebnisse aus den Einzelkreisen stellen sich wie folgt:

	Deutsche Stimmen	Polnische Stimmen
Rosenberg Stadt und Land	24 200	11 400
Retzburg	43 000	2 300
Ludlitz	15 100	13 300
Zarnowitz	17 500	27 000
Groh-Strehlitz	22 500	22 900
Oberglöckau	32 700	4 500
Koel	63 300	11 700
Gleiwitz Stadt und Land	58 000	32 000
Leobschütz	65 000	300
Ratibor Stadt und Land	48 700	20 700
Kattowitz Stadt und Land	76 400	69 800
Königschütz	31 800	10 800
Beuthen	73 500	72 500
Hindenburg	45 200	43 000
Oppeln Stadt und Land	81 000	36 000
Wiesch	14 400	41 000
Bytna	28 000	50 000

Infolge der Erschwerung des Nachrichtendienstes sind diese Zahlen noch nicht als die endgültigen zu betrachten.

im friedlichen Austausch der Arbeit die Menschheit zu immer höheren Stufen hinauführt.

Wäre solches die innere und äußere Politik Europas vor 1914 gewesen, wir hätten keinen Weltkrieg gekannt, noch eine ober-schlesische Abstimmung. Die Dreieinigkeit des Kapitalismus, Militarismus und Imperialismus brachte uns das Völkermorden; Preußens „Glanz und Gloria“ den Schicksalstag von Oberschlesien.

Daß in Versailles der Volksentscheid überhaupt nur angeordnet werden konnte, verdanken wir dem Unrecht und der Gewalt, die unter der wilhelminischen Ära den Oberschlesiern zugefügt wurden. Wir verdanken es jedoch nicht minder den rücksichtslosen und profitgierigen Grubenbesitzern und Landbaronen, die die billigen und anspruchslosen polnischen Arbeiter ins Land gerufen und Hunderttausende von deutschen Proletariern aus der Heimat nach den rheinischen und mitteldeutschen Industriebezirken gejagt haben, wo sie anfänglich als Lohndrücker gebraucht wurden. Es läßt sich nicht leugnen, daß in Oberschlesien in großer Menge eingewanderte Polen sitzen und daß ein erheblicher Teil der dortigen Bevölkerung angewidert und erbittert über die ehemalige Unterdrückungspolitik den Kopf nach Polen dreht, als dieses neu entstanden war.

Niemand verkennet die heutigen polnischen Vortationsmethoden des Terrors und der blutigen Gewalt. Sie allein werden jedoch nicht die polnischen Stimmen erklären und sie werden sich vor allem an den Polen selbst rächen. Es gibt in Oberschlesien eine polnische Bewegung. Wenn sie nicht die erwarteten Früchte brachte, wenn in den letzten Wochen die Stimmung für Deutschland beträchtlich gestiegen und über Hunderttausend Reichsdeutsche begeistert zur alten Heimat zogen: die Republik hat sie getrieben, die wirtschaftliche, soziale und rechtliche Erkenntnis.

Wenn Oberschlesien gerettet wird, geschah es nicht mit alldeutschen Haßgesängen und Kladderadatschfragen. Die Republik wird es getan haben, die Höhe der deutschen Wirtschaft und die sozialen Gesetze, im Gegensatz zur polnischen Unfreiheit, zur polnischen Miswirtschaft und zur polnischen Rückständigkeit. Das Heer der Proletarier im Lande, wie die Armeekorps der Zugereisten gingen zur Urne als Deutsche, die zugleich ihre Stimme abgaben für die Verjöhnung und den Wiederaufbau Europas.

In der „Deutschen Tageszeitung“ suchte vor etwa einer Woche ein ostböhmer Rittergutsbesitzer polnische Landarbeiter. Es war kein Zufall. Der ehemalige Zentrumabgeordnete Graf Doppersdorf und das sehr zweifelhafte Verhalten zahlreicher Industrieherrn und vor allem des Landadels, liegt auf der gleichen Linie. Es mußte erst die Landesverteilungskommission Konstantins kommen, um die Fürsten und Prinzen zur Umkehr zu zwingen, die alles andere ist als Patriotismus.

Es wird nach dem ober-schlesischen Entscheid noch manches andere Wort gesagt werden müssen. Das eine ist jedoch gewiß: Oberschlesien wird in jedem Fall für Deutschland eine harte Aufgabe bleiben. Die ehemaligen Verpreuungsversuche

und der letzte Wahlkampf haben Land und Volk schwere Wunden geschlagen. Die nationalistische Verheerung und der Terror werden lange nachwirken. Sie werden nicht durch Unternehmerwillkür und nicht durch die Methoden geheilt, wie sie in dem Insekt der „Deutschen Tageszeitung“ gekennzeichnet sind.

Bleibt Oberschlesien deutsch — wie das ohne Bergewaltigung der Volksabstimmung nicht anders sein kann —, so gilt es ein Beispiel für Europa zu geben, wie der Frieden und die Wohlfahrt einer gemischtsprachigen Bevölkerung gewährleistet werden können. Es sind die gleichen sozialen Gesetze und die gleichen Rechte, für die die Arbeiterklasse jahrzehntelang im Dreiklassen- und Obrigkeitstaat gekämpft hat, die jetzt allein die Rettung für Deutschland bringen können. Die ober-schlesischen Wunden können gleichfalls nur durch diese Behandlung geschlossen werden. Oberschlesien ist zum zweitwichtigsten Industriegebiet unserer Heimat geworden. Ohne seine Bodenschätze und ohne seine Arbeit können wir nicht leben, kann Europa nicht gesund sein. Sorgen wir, daß der künftige Ertrag der ober-schlesischen Arbeit in der Tat der Allgemeinheit zufließt. Nicht für Unternehmerprofit gingen die arbeitenden Klassen zur Wahlurne und nicht um Revanchegedanken gegen irgendeinen Staat sind Jehntausende aus den Fabriken von Berlin, Essen oder Halle nach Myslowitz oder Beuthen gefahren. Seit 1914 zeigt sich in allen Stürmen, „daß Deutschlands ärmster Sohn auch sein getreuester war“. Er verlangt keinen Dank und Lohn, aber das Recht auf seine Arbeit und auf seine Ideen, die allein die wahrhaft vaterländischen sind, wie es sein großer Lehrmeister Jaurès so treffend gefaßt.

Der Abstimmungstag.

Kattowitz, 20. März, abends 7 Uhr. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der weitgeschichtliche Vorgang, die Abstimmung um Oberschlesiens Zukunft, ist bis zur Stunde ruhig verlaufen. Das ist insofern unerwartet, als in den letzten Tagen vor der Abstimmung von polnischer Seite noch eine ganze Reihe von Gewalttätigkeiten größerer und milderer Art zu verzeichnen gewesen waren. Die Bevölkerung atmet wieder auf. Schon in den ersten Morgenstunden wanderte man scharenweise zu den Wahlurnen. Die Industriestädte, durch die ich kam, boten das Bild der Parfamentwahl, nur daß die Straßen infolge des sonntäglichen Verkehrs, der Einschränkung des Gasthausbetriebes und der zahlreichen Abstimmungsgäste noch belebter waren als sonst. Die überaus starke Teilnahme der einheimischen und auswärtigen Bevölkerung geht aus der Tatsache hervor, daß schon in den frühen Abendstunden eine Wahlbeteiligung von 90 bis 97 Prozent, nach der Stichprobe einzelner Wahlbüros, festgestellt werden konnte. Dabei schließt die Abstimmungszeit um 8 Uhr abends. Auf dem Lande dürfte es nicht viel anders sein. Auch dort drängte sich das Volk schon in den ersten Morgenstunden zur Stimmabgabe. Die der auswärtigen Stimmberechtigten schien anfänglich infolge der Beschlagnahme der Kraftwagen durch die Interalliierte Kommission und durch polnischen Terror bedroht zu sein, vollzog sich dann aber ebenfalls glatt. Uebergriffe konnten bisher bis auf einen vereinzelten Fall nicht festgestellt werden. Die Interalliierte Kommission hat in letzter Stunde noch einige wenige Landortschaften wie Myslowitz, Wittkow u. a. mit militärischer Schutz versehen. Sonst wurde die Sicherung der Wahl nur durch Patrouillen besorgt. Nicht einmal die Abstimmungstafeln waren vielerorts im Laufe des Tages besonders geschützt. In Kattowitz wurden Tanks aufgestellt, um im Notfall eingreifen zu können.

Im Laufe des Tages war — wie erwähnt — nur eine einzige größere Störung des Abstimmungsaktes zu verzeichnen. Im Dorfe Bränow bei Kattowitz wurden die Deutschen an der Stimmabgabe verhindert. Der Vorfall wurde durch Entsendung eines Kommandos erledigt. Man darf jedoch hoffen, daß die Abstimmung mit ihrem ungeheuren Menschenaufgebot nicht noch nachträglich unwirksam wird, nachdem bei der Stimmabgabe alles geklappt hat. Das trübe Wetter des Vormittags, das das ganze Industriegebiet in graues Dunkel gehüllt hatte, wich nachmittags strahlendem Sonnenschein. Das sollten die Heilmattreuen und Soldats als Vorzeichen auffassen.

Die Rückkehr beginnt.

Dreslau, 21. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Rücktransport der Abstimmungsberechtigten aus dem Reich hat begonnen. Zahlreiche Abstimmungsberechtigte sind bereits gestern und heute vormittag mit den regelmäßig verkehrenden Zügen wieder in Breslau eingetroffen und zum Teil schon auf dem Wege nach Mittel- und Westdeutschland. Heute mittag um 1.22 Uhr trifft der erste für die Abstimmungsberechtigten allein reservierte Zug in Breslau ein. Die Stimmung der Abstimmungsberechtigten, die bisher wieder eingetroffen sind, ist gut und zuversichtlich.

90 Prozent Deutsche in den Städten.

Kattowitz, 21. März. (WIB.) Das Plebiszitkommissariat für Deutschland gibt bekannt: Trotz des ungeheuren polnischen Territoriums, der ohne wesentliche Gegenmaßnahmen der Interalliierten Kommission herrscht hat, ist im Industriegebiet eine sichere, im Gebiete westlich der Oder eine überwiegende deutsche Mehrheit erreicht worden. Die Städte Kattowitz, Kattowitz, Königsberg, Beuthen, Gleiwitz, Tarnowitz, Kosenberg, Rybnitz, Kreuzburg haben bis 90 Prozent deutsche Stimmen erreicht. Die Industrieabgemeldeten Laurahütte, Silesianowitz, Schwanenloshütte, Bismarckhütte, Hindenburg (Fabrik) haben die erwartete deutsche Mehrheit überkotzen. Während noch in der Nacht zum 20. März 1921 die Polen mit allen Mitteln der Einschüchterung gearbeitet haben, hat sich die Abstimmungsbehandlung, soweit bisher zu übersehen ist, in Ruhe abgewickelt.

Freude über den Abstimmungssieg.

Auf dem Reichstagsgebäude waren heute zur Feier des obereschlesischen Abstimmungssieges vier schwarzrotgoldene Flaggen aufgezogen. Gleichzeitig trifft es sich, daß am heutigen Tage der deutsche Reichstag das Jubiläum seines 50-jährigen Bestehens feiert. Das Beispiel des Reichstages, in den neuen Reichsfarben zu flaggen, sollte von allen öffentlichen Gebäuden nachgeahmt werden. Es ist nun wirklich Zeit genug gewesen, sich die erforderlichen Flaggentuche anzuschaffen; ein Flaggen in anderen Farben müßte als Zeichen bösen Willens aufgefaßt werden. Es liegt auch gar kein Anlaß vor, die schwarzrotgoldenen Farben zu verstoßen. Denn nachdem das Kaiserium die schwarzweiße Fahne mit militärischen Niederlagen und zum Zusammenbruch befehligt hat, hat jetzt die Republik die Ehre der schwarzrotgoldenen Farben durch geistige und moralische Siege in den Abstimmungsgebieten gerettet.

Ist der Raubplan schon fertig?

Der Berliner Korrespondent des „Daily Herald“ in London telegraphiert seinem Blatte:

Es scheint, daß das Schicksal Oberschlesiens, das scheinbar von der heutigen Volksabstimmung abhängt, in Wirklichkeit von ganz anderen Faktoren bestimmt ist. Ich höre, daß der Kampf um Oberschlesien sich weniger um die Wohlfahrt der Bevölkerung als um die in den obereschlesischen Kohlen- und Zinnbergwerken investierten deutschen, französischen und polnischen Interessen dreht. Nach meinen Informationen hat die Interalliierte Kommission in Berlin nachfragen lassen, wie in den einzelnen Kreisen die genauen Kohlenverhältnisse liegen. Zweck dieser Fragen ist, den Wert der einzelnen Kreise für die bergmännische Ausbeutung herauszufinden und danach zu entscheiden, welche Teile Oberschlesiens zu Polen kommen und welche bei Deutschland bleiben sollen. Das heißt mit anderen Worten: die Entscheidung über die Teilung Oberschlesiens ist bereits getroffen durch ein Uebereinkommen der Alliierten über die investierten Interessen. In der Interalliierten Kommission wird ein Kampf zwischen dem französischen und englischen Standpunkt stattfinden. Frankreich verlangt, daß lediglich der nördlichste Teil der obereschlesischen Kohlenfelder zu Deutschland gehöre innerhalb einer Linie, die Gleiwitz, Beuthen, Kattowitz mit ihren sich der Erschöpfung nähernden Kohlenfeldern bei Deutschland läßt, aber das gesamte übrige Gebiet, auch den Kreis Hindenburg, mit seinen vorzüglichen Kohlengruben, Polen zuweist. Nach dem englischen Standpunkt soll Deutschland wenigstens ein Fünftel seiner Kohlenfelder an Polen abtreten, zu denen, die dieses bereits unausgebeutet in seinem eigenen kongresspolnischen und dem alten obereschlesischen Gebiet besitzt. Die englische Meinung schreibt also zur Teilung der Kohlenfelder eine Grenze in der Linie Sosnowitz-Kattowitz vor. Für den Rest Oberschlesiens mit seiner landwirtschaftlichen Nutzung interessiert man sich weniger, es sei denn aus strategischen Gründen, um eine gewaltsame Besetzung des Kohlengebietes vorzubereiten, falls es dazu kommen soll. Es scheint, daß die Polen bereits Vorarbeiten in dieser Richtung getroffen haben.

Wenn sich die Mitteilungen des „Daily Herald“ bestätigen, so würde das selbst einer sehr weitherzigen Auslegung des Friedensvertrages nicht entsprechen, tatsächlich aber der Voraussetzung der Volksabstimmung ins Gesicht schlagen. Wir können infolgedessen

Hunger.

Eine Erinnerung von Artur Anders.

Es war in einem großen Gefangenenlager in Oberschlesien und nahe der Stadt, in der der Hungerpöbel groß geworden war.

Das Gottessen war zur Erinnerung geworden, zu einer fruchtbarkeitsfähigen und das bei den Gefangenen ebenso wie bei den Bedienungsmannschaften. Wohl, man wurde so alle Monate einmal gemogen, es wurde gefunden, daß das Gewicht der Leute stetig abnahm und man schrieb darüber an das Generalkommando, aber es half nichts.

Nach ein paar Wochen wurde das Brot wieder etwas geringer im Gewicht oder es bekam mehr Kartoffelzusatz, und so kam es, daß man am zweiten Fastenstage bereits weggeessen hatte, was fünf Tage hätte dauern sollen.

Leibesgabenpakete halfen aus und die großen Kartoffelfelder der Bauern, die um das Lager herum sich dehnten.

Der zweite Vordermann in der zweiten Korporalschaft hatte Zeit seines Lebens den Hunger nicht gekannt. Wie denn auch? Das waren ja die Allerärmsten gewesen, die im Frieden nicht satt zu essen hatten, und Wolf Reuter, jetzt der zweite Vordermann in der zweiten Korporalschaft, hatte immer genug, reichlich genug. Er hatte das Essen bereits wie einen Zeitvertreib kultiviert.

Und nun war er aus seiner engeren Heimat herausgerissen worden und stand hier mit einem alten Einladergewehr auf Wache oder kriegelte in der Schreibstube geistloses Zeug.

Und hungerte. Anfangs war es ärgerlich, dann wurde es unangenehm. Er schrie nach Hause und kausierte mit dem Taschengeld einiges zu. Schließlich ging er zu den Kameraden, die versteckt die Kartoffeln tauchten und bettelte mit vorgehaltener Mütze.

Und dann kam der Abend, an dem sein seelisches Gleichgewicht erschüttert wurde, und Adolf Reuter, der Mann mit den zweiunddreißig Jahren, sah seiner selbst und der ganzen Menschheit schämte.

Sie saßen in der Baracke und schnitzelten an ihrem Brot herum, vor sich etwas Marmelade. Es wurde nicht viel geredet. Glühende hatten überhaupt nichts zu essen und putzten an ihren Uniformen.

Gegenüber Adolf Reuter saß sein Kamerad, der Antke. Der fragte an seiner Brotschmiere herum, für die er kein Brot mehr besaß, langte dann plötzlich über den Tisch und sagte, halb scherzend, zu Reuter: „Geh, du hast so noch genug!“

„Loh!“ rief sofort der Bedrohte. — „Ach, bloß ein Stück!“ sagte Antke und packte hastig zu.

Da fuhr Adolf Reuter mit einem kurzen Schrei von seinem Sitze auf und hatte das Brot wieder erfaßt. Dieser Schrei, leicht gedämpft, hatte etwas Furchtbares! Es war der Schrei der entsetzten, nackten Natur! Ein herrlicher Schrei!

nicht annehmen, daß sich ernsthafte englische oder sonstige alliierte Politiker mit diesem Gedanken befassen sollten. Man redet zwar davon, daß die Bemerkung Dr. Simons, die Voraussetzung der deutschen Zahlungsfähigkeit wäre das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland, eine unerfüllbare Bedingung darstelle. Aber man wird sich in diesen sonst doch sehr kühl rechnenden Kreisen selbst sagen müssen, daß ein Deutschland, dem man diese für die Industrie und die Wirtschaft nicht nur des eigenen Landes unentbehrlichen Gebiete unter Beiseiteziehung der Volksabstimmung wegnehmen würde, in seiner Zahlungsfähigkeit sehr wesentlich beschränkt bliebe. Aus diesen sehr nüchternen Erwägungen heraus vermögen wir nicht daran zu glauben, daß die Mitteilungen des „Daily Herald“ wirklich den Anschauungen der englischen und französischen Staatslenker entsprechen.

Le Ronds Daseinszweck.

Wie dem „N.Y.“ aus Paris gemeldet wird, berichtet der Sonderberichterstatter der „Ere Nouvelle“ in Beuthen:

Clemenceau und Wilson hatten sich bereits über die territorialen Fragen in Versailles verständigt, ohne daß irgend jemand an Oberschlesien gedacht hatte. Da begab sich General Le Rond, einer der Mitarbeiter Fochs, zu Clemenceau und machte ihn auf die Wichtigkeit des Gebietes aufmerksam. Oberschlesien? Wo liegt das? fragte Clemenceau. — „Hier, ich habe es gefunden!“ sagte Wilson und zeigte freundlich auf die Karte. Nun setzte Le Rond auseinander, daß Deutschland seine Kriegswerkstatt behielte und Polen immer von seinem gefährlichen Nachbar abhängig wäre, wenn das reiche Land nicht in seinen Besitz käme. „Die Sache ist abgemacht“, erklärten Clemenceau und Wilson, und in der Tat war in dem ersten Teigt Oberschlesien ohne Abstimmung den Polen zuerteilt. Erst auf die Einwendungen Lloyd Georges, der von Sir Philip Kerr beeinflusst war, wurde die Volksabstimmung zugestanden. Ueber die Veränderung machte Wilson Le Rond folgende Mitteilung: „Lloyd George besteht auf einer Volksabstimmung. Wir wollen aber den möglichen Wirkungen zuvorkommen und werden Sie deshalb mit der Leitung der Interalliierten Kommission für Oberschlesien beauftragen.“

Der französische Journalist schreibt weiter: „Die Aufgabe Le Ronds war nicht leicht, aber er hat sie mit Erfolg gelöst. Wenn die Instruktionen, welche seine englischen und italienischen Kollegen von ihren Regierungen erhielten, wirkungslos gemacht werden konnten, so haben wir das General Le Rond zu verdanken.“

In der Tat! Nicht ohne Zweckbestimmung für die Volksabstimmung hätte man die rechtswidrigen Sanktionen ergriffen, zum 23. März eine Milliarden und zum 1. Mai 20 Milliarden von Deutschland verlangt!

Wiederaufbaukongress in Paris.

Paris, 21. März. (WIB.) Heute findet auf Veranlassung des Allgemeinen Arbeitverbandes (G.A.) ein außerordentlicher Kongress statt, an dem nicht nur Vertreter der Gewerkschaften, sondern auch der kommunalen Verwaltungen, Genossenschaften und sonstiger Vereinigungen teilnehmen, die sich mit dem Wiederaufbau in Frankreich beschäftigen. Der Kongress soll in großen Zügen ein Wiederaufbauprogramm festsetzen. Nach dem „Journal“ werden folgende Städte in Ost- und Nordfrankreich vertreten sein: St. Quentin, Bayonne, Lens, Roubaix, Caen, Peronne, Soissons, Reims, Arras, Chateau-Thierry, Senlis und andere mehr.

Paris, 21. März. (WIB.) In „Ere Nouvelle“ schreibt Gewerkschaftsredakteur Marcel Lantier über die Beteiligung deutscher Arbeiter an dem Wiederaufbau in Nordfrankreich: Man habe gegen die deutsche Beteiligung die Stimmung in den zerstörten Gebieten erfasst. Die gewerkschaftliche Untersuchungskommission habe an Ort und Stelle festgestellt, daß diese Beforgnis unbegründet sei. Was die Interessen der Arbeitlosen anlangt, so müsse man fragen, ob sie bei der völligen Verfallung der Ruinen etwa besser aufgehoben seien, als wenn diese ruher aufgegeben wären. Das Genfer Abkommen zwischen den französischen und den deutschen Bauarbeitern sei für Deutschland von Männern unterschrieben worden, die in der deutschen Regierung geblieben hätten und morgen wieder daran teilnehmen könnten. Die deutsche Arbeit sowie die Lieferung von Materialien durch die Deutschen könne nicht schädlich sein, wenn ihre Verwendung organisiert werde. Das allein könne Frankreich Rettung bringen.

Der Urmenich war erwacht! Der Urmenich, mit Zottelfell und Steinkeule! Ein Schlag! — Aber der Schlag erfolgte nicht. Der Kulturmenich hatte gesiegt.

Wolff Reuter war eine Sekunde nach seinem Schrei zur Besinnung gekommen. Er stammelte Unverständliches, lächelte verlegen und verlor sich in einem Winkel der Baracke. Unbeachtet, ließ er sich jetzt gehen; da überließ ein Blitzen seinen Körper, er legte seine Hände vor sich auf die Knie und weinte.

In der Baracke wurde es still. Draußen im Lager wurde das Radkell geblasen. Der Ton klang unendlich einsam und hatte etwas von Frieden in sich. Als die Dichter ausgehört waren, schlich sich Wolff Reuter zu seinem Kameraden. Und weckte ihn leise.

„Du, Antke, ich bring dir ein Stück Brot.“ — „Loh es,“ sagte der Überwachte. „Loh nur.“

„Nicht doch! Du mußt's nehmen. Ich hab' noch ein Stück bei mir gefunden. . . . Und morgen kriegen wir ja schon —“ und er schob ihm das Brot in die Hand.

Antke glaubte es gerne, zerriß das Brot in Stücke und ver schluckte es. Dann sah er hinüber zu seinem Kameraden. Der lag jetzt ganz zusammengerückt auf seinem Bett und rührte sich nicht.

„Barfakal“ im Opernhaus. Wie ausführlich, so ist auch jetzt der „Barfakal“ als Sertienovorkellung in das Staatsopernhaus einbezogen. Durch frühen Beginn, durch Veracht des Spiels und dadurch, daß eine Woche lang kein profanes Werk die Stimmungen durchkreuzt, ist der Festspielcharakter mißachtet gemocht. Der von früher her bekannte und doch recht gelungene Vorabend, der die Lagen in den Prospekt einhexen, läßt jetzt fort. Die Dekorationen zeigen im überaus Geschmack, Würde, ohne äußeren Pomp. Der erste Akt tritt unter Veranschaulichung des Tempos, das Barreuth zu unterrichten schien. Schillings war von da an ein feiner referierter, eindrucksvoller Dirigent. In der Blumenmädchenzene führten die schönen Stimmen der Nührerinnen, die ganze Herrlichkeit dieser schwebend-überweltlichen Musik kann leichter, freundlicher, gelangweilender aufkommen. Braun als Barfakal brauchte Zeit, um — am Ende des zweiten Aktes erst — wirklich Töne zu singen, er schien indisponiert. Frau Kemp wird an ihrer Rolle lernen. Sie hat ja die hohe Geistigkeit und die stimmliche Herzhalt, die zur Bewältigung dieser Zwittrerrolle nötig ist. Ihr Spiel mit und gegen Barfakal, ihr Werben, Fluchen, Umzingeln des reinen Toren, sind Glanzstücke schauspielerischer Virtuosität, die nur noch vom einzigen in eine lächerliche dramatische Gesamthaltung überzugehen brauchen, um an die bisher unerreichte Höhe Hindenburg zu erinnern. Ihr Schrei, ihr Lachen und ihr Mimikern waren noch reiches Menschenschauspiel. Die Herren Armster, Braun, Jador sind orguellisch am Werk. In weiteren Vorfällen dürfte die Sperrzene technisch sicherer ablaufen. Im Saale traf sich Deutschland und die Entente zu Antragsfeier. S. S.

„Dichtung“. Rezension des Klempner-Verlages Potsdam.) Auf dem Simons dachte ich, ob noch immer Rausch und Orgel der Jugend die Wege weisen; dann las ich im Programm,

Sforza über die Sanktionen.

In der italienischen Kammer führte Außenminister Graf Sforza u. a. aus: Die Alliierten suchten nach einer Formel, die der Sage Deutschlands Rechnung trug und die Zahl der Annuitäten verminderte; die Sachverständigen begaben sich sogar zu den deutschen Sachverständigen, um die Fragen zu prüfen. Mehrere Punkte wurden von den Deutschen angenommen, und einen Augenblick lang hätte man den Eindruck, daß man zu einer Lösung gelangen könnte. Am übrigen verlangte man von den Deutschen keine genaue Zahlen, sondern nur eine Festlegung der einzelnen Faktoren, um zu einer Lösung zu gelangen. Schatzminister Reda und ich, die wir immer und in allem einer Meinung waren, taten alles, um die Verhandlungen glücken zu lassen. Unsere Sachverständigen waren sehr eifrig tätig, aber unglücklicherweise erschienen die neuen deutschen Vorschläge nicht viel annehmbarer wie die ersten. So wurden unter der Bedingung gemacht, daß

Oberschlesien bei Deutschland

verbliebe. Diese Bedingung war unannehmbar; denn das Schicksal dieses Gebietes soll durch die Volksabstimmung entschieden werden. Auf Seiten der deutschen Regierung schloß jeder gute Wille, um zu einem Abkommen zu gelangen. Infolge der sehr verständlichen Gebühre Frankreichs, das bisher nicht einmal in Worten eine vernünftige Abfertigung des Feindes von gestern sah, die schrecklich verwüsteten Departements wieder aufzubauen, angefaßt der besonderen politischen und wirtschaftlichen Erwägungen in England und schließlich und vor allem infolge des höchsten Willens Deutschlands, schienen militärische und wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen unannehmlich. Sforza erklärte, er und Reda hätten weitgehende Vorschläge hinsichtlich der 50 Bros. vorgebracht, aber die Deutschen hätten jetzt diese Anregung in Brüssel gegeben (?) und Dr. Simons lie in London als gangbaren Weg für die Reparation bezeichnet. Wenn Deutschland, wie wir es alle glauben, ein starker Wirtschaftsorganismus ist, so liegt es in seinem wahren Interesse, sogar an die Bezahlung seiner Schuld zu gehen und mit dem übrigen Europa ein neues Leben anzufangen. Italien vertraut darauf, daß

auf der nächsten Konferenz

ein sofortige Verständigung möglich sein wird.

Beratung der Internationale.

Das Exekutivkomitee der 2. Internationale trat am 18. März im Bureau der Labour Party in London zu einer Sitzung zusammen, in welcher eine ausgiebige Aussprache über die internationale Page stattfand.

Es wurde beschlossen, für die Frage der Wiedergutmachung und der Sanktionen eine besondere Sitzung des Exekutivkomitees unter Hinzuziehung von Vertretern der wirtschaftlichen Organisationen und der Parlamentarieraktionen zum 31. März, 1. und 2. April nach Amsterdam einzuberufen.

In Anbetracht des vollständigen Mißganges, zu dem die Politik der Regierungen heute geführt hat, soll die ganze Frage der Prüfung unterzogen, und sollen gemeinsame, detaillierte Vorschläge zu ihrer Lösung gemacht werden.

Das Exekutivkomitee hat ferner zur Sage in Georgien Stellung genommen. Es wurde folgender Beschluß gefaßt: „Das Exekutivkomitee der 2. Internationale nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß bolschewistische Armeen von Arbeiterpartei, Armenien und Rußland aus in Georgien eingefallen sind, daß sie die auf Grund allgemeinen Wahlrechts mit über 80 Prozent aller Stimmen gewählte sozialdemokratische Regierung gestürzt und an ihrer Stelle eine militärische Diktatur errichtet haben. Das Exekutivkomitee spricht der sozialdemokratischen Regierung sein Vertrauen aus. Es verpflichtet die Genossen seiner Sympathie, die diese Regierung bilden und unterstützen, und deren Verdienste um den Sozialismus ihnen in der Geschichte der Arbeiterbewegung einen hervorragenden Platz sichern. Es hofft, daß die Demokratie in Georgien bald wiederhergestellt und die sozialdemokratische Regierung regieren wird.“

Kollet drängt.

Berlin, 21. März. (WIB.) General Kollet hat eine Note an das Auswärtige Amt gerichtet, in der er rügt, daß die deutsche Regierung bis zum 15. März das neue Wehrgesetz nicht veröffentlicht und ein Gesetz über die Auflösung aller Selbstschußorganisationen nicht erlassen habe.

WIB. bemerkt dazu: Bekanntlich ist das neue Wehrgesetz sowie ein Gesetz zur Ausführung der Artikel 177 und 178 des Vertrages von Versailles in den letzten Tagen verabschiedet worden.

Das Wehrgesetz hätte also schon veröffentlicht sein können!

„Die Dichtung“ saht aus der Produktion der Gegenwart Neuerungen des Weltgefühls zusammen, die nicht als Aufstuf und Schreie in das Getriebe der Zeit eingreifen, sondern durch strenge Gestaltung, durch die Magie des dichterischen Wortes, durch künstlerische Veredelung der anonymen Kräfte kulturgebend wirken.“ Eine Wehr also, die bringend geboten war; gerät zu Straffheit und Bindung. Zwei werdende Dichter und ein schon gemordeter; zwei, die ihre Schöpfungen durch Vortrag zu Leben erwecken können, einer, der es vermag. So ist die Echeidung; drei Martin Gumpert und Simon Kronberg; weicher Spritzer jener, Dramatiker dieser, vollendet keiner. Einer oder ist vollendet: Hermann Kasack. Straffe Rhythmi, klare Sprache, Uebereinstimmung des Genossens mit dem Gereichten, des Gefühlten mit dem Gefassten. Er ist nicht Zukunft nur, wie die beiden Erstgenannten, er ist Gegenwart (was mehr ist). Ein Wort noch über Voerker: ein intellektualisierender Symboliker. Man weiß nicht, ob er sich klarer über seine Schöpfungen ist, als die — nichtverkündeten — Härter. Die Ratine fand in der „Arbäne“ statt, sie war schlicht, still und ernst, sonder Lärm und Geräusch, wie die jungen Künstler selbst, und wirkte so unendlich werbender für die Ideen des jungen Deutschland, als manche Veranstellung der letzten Jahre, die man mit Lärm ersehen, mit schriller Dissonanz verstanden sah. So war es ein Gewinn, nehm alles nur in allem.

Der Emporkömmling von ehemals. Der „Kriegsgewinnler“, der „neue Reiche“, der „Barren“, sind natürlich nicht Erscheinungen unserer Zeit allein, wenn es ihr auch vorbehalten war, diese Erscheinungen in besonders großer Menge und schärfer Ausprägung hervorzubringen. So finden sich denn auch in den Literaturen aller Zeiten mehr oder minder desohnte Schiffern des Emporkömmlings. Die älteste wohl, so schreibt Dr. Max Pollaczek im „Wissen“, in einem Epitaph des Anacreon von Tros, der im 6. und 5. Jahrhundert v. Chr. gelebt hat. Dieser „Bruder Reichthum“, dessen stolze Worte einer ganzen Poesienothung den Namen gegeben haben, hält sich in einem Stachelbüschel über einen Rebenzücher auf und zeichnet ihn mit treffenden Jänen als Berrenu. Früher sei er ein elender Plebejer gewesen. Jetzt aber, nachdem er zu Reichtum gekommen sei, lachte er stolz im Waben einher, trotz goldener Ringe und führe einen Sonnenstrahl aus Oberbein mit sich. Ist des nicht ganz dasselbe, wie wenn wir über das Auto und die Brillanten des neuen Reiches spotten?

Volksbühne G. B. Bei der Uaufführung von Necht „Verbrüderung“, die am Karfreitagabend sowie an den beiden Oberfesten politisch als erste literarische Sonderaufführung der Volksbühne G. B. im neuen Volkstheater stattfand wird, hat die Hauptrolle mit den Damen Hölzchenstein und Charlotte Schütz, sowie den Herren Dr. Paul Rederow (Reichsger Schauspieler), Peter Jägle (Reichsger Theater), Max Kamek (Deutsches Theater) und Friedrich Lohde (Reichsger Theater) besetzt. Regie: Hans Goldmann. Für die Karten ist ein Einheitspreis festgelegt. Mitglieder der Volksbühne G. B. 5 R., Nichtmitglieder 10 R.

Karl-Otto bringt Karfreitag in der Paul-Gerhardt-Kirche zu Ebnung des „Sabbat mator“, von Gerardo für Solistinnen, Chor, Orchester und Solisten sowie die „Bier Lagen den“ auf dem Tonträger von Friedr. S. Koch für Frauenger, Mädel und Orgel zur Verfügung.

Kopenhagens S.P.D.

Zu der vor einigen Tagen veröffentlichten Wolff-Meldung über die Kopenhagener Gemeindevahlen ist nachzutragen, daß die Sozialdemokraten rund 90 000, die Kommunisten gar keine und alle anderen Parteien zusammen 45 000 Stimmen erhielten.

Graf und Glöckner unsern dänischen Brüdern!

Ernst Grenz gestorben.

Dresden, 21. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Im Alter von 68 Jahren ist im Dresdener Stadtkrankenhaus nach kurzem, schwerem Krankheitslager der frühere Reichstagsabgeordnete und letzte sächsische Landtagsabgeordnete Genosse Ernst Grenz aus Leipzig gestorben. Er hat von 1903 bis 1907, von 1912 bis zur Revolution dem Reichstag als Vertreter des Wahlkreises Annaberg angehört und war seit Februar 1919 Abgeordneter in der sächsischen Volkskammer und jetzt im sächsischen Landtage. In der Partei, der er seit 1876 angehört, hat er als Organisations- und Agitationsherausragendes geleistet. Zehn Jahre gehörte er dem Bezirksvorstand in Leipzig an. Er war gelernter Formner und als solcher viele Jahre Vertrauensmann der Formner Deutschlands.

Schweinehund schon wieder auf!

Schweinehund schon wieder auf! und drohte ihn weiter mit einer Schußwaffe. Dabei sah er wie drei Männer aus dem Hause Zehdenicker Straße 16 herauskommen dessen Hintergrundstück an den Posthof führt. Der Postkassierer setzte ihnen, soweit er konnte, nach, verlor sie aber bei der Einbiegung in die Weinmeisterstraße aus dem Auge. Als er dort dann eine Postkassierpatrouille traf, waren die Räuber nicht mehr zu finden. Die Beamten begaben sich nach dem Postgebäude, wo der gefesselte Knack noch immer auf der Erde lag. Ihm waren die Hände zusammengebunden und die Hände mit einem fast fingerlangen Strick auf den Rücken geschnürt. Bald darauf brachte dann ein Hausbesitzer des Grundstücks Zehdenicker Straße eine Geldliste, die noch gefüllt war. Die Räuber hatten sie dem im Strick gefesselt. Bei einer Durchsichtung des Vorderhauses wurden im Erdgeschoss und im dritten Stockwerk noch zwei Geldsäcke gefunden, von denen der eine noch alles, der andere von einem darin befindlichen Geldbehalte von ungefähr 300 000 M. noch 18 000 M. enthielt. Zusammen waren auf diese Weise rund 300 000 M. wieder herbeigeschafft. Der Rest von über eine Million Mark fehlt noch. Die Aufnahme des Tatbestandes auf dem Postamt ergab, daß die Räuberbande von der Rückseite des Postgrundstücks in das Amt eingedrungen waren.

Ein früherer Ueberfall auf dasselbe Postamt.

Trotz der eifrigsten Nachforschung der Kriminalpolizei, die die ganze Nacht hindurch fortgesetzt wurde, konnte bis heute nichts ermittelt werden. Auf dem Postamt 54 wurde bereits in der Nacht zum Sonnabend, den 6. November v. J. ein Raubanschlag verübt, damals aber vereitelt. In jener Nacht befand sich der Postkassierer nämlich auf dem Hofe des Telegraphenbauamtes, von dem ein Torweg nach dem eigentlichen Posthofe führt, auf seinem Rundgange. Da stießen plötzlich drei maskierte Räuber über ihn her, kniebeten und fesselten ihn und sperrten ihn dann in den Abortraum. Der Ueberfallensschlug tröpfte dem Räuber und wurde vom Nachdienst innerhalb des Postgebäudes auch gehört. Diese Nachdienstbeamten kamen sofort herausgelaufen, um nach der Ursache des Lärmes zu forschen, und das veranlaßte die Räuber, ihren Plan aufzugeben und zu entfliehen. Der Raubversuch im November gab damals Veranlassung, in dem Postamt nicht mehr so viel Geld anzusammeln. Während bis dahin 10 Kilometer ihre Tagesentnahmen nach dem Amt 54 brachten, so daß sich dort Summen bis zu 5 Millionen ansammeln, nahm man jetzt eine Teilung vor. Sonst wäre den Räubern noch erheblich mehr in die Hände gefallen. Zur Aufklärung des Millionenraubes, besonders zur Aufklärung der ersten Spuren der Täter können vielleicht Bewohner des Hauses Zehdenicker Straße 16 oder Leute, die dort in der Sonntagsnacht in der dritten Morgenstunde vorübergekommen sind, beitragen.

20 000 Mark Belohnung.

Auf die Ergreifung der Täter und die Wiederherbeschaffung des geraubten Geldes hat die Oberpostdirektion eine Belohnung von 20 000 M. ausgesetzt. Verdienstmöglichkeiten Mittelungen sind an Kriminalkommissar Geißel und Wernburg, den Leitern des Raubdesernais des Berliner Polizeipräsidiums, Zimmer 80, Hausnummer 601 und 433 zu richten. Das oberste Geld bestand zum meistaus größten Teil aus Fünzigmarkstücken.

Eine neue Zentralpart-Razzia.

Das mühe Treiben, das gerade im Zentrum des Fremdenverkehrs auf dem Rummelpfad am Bahnhof Friedrichstraße seit langem herrscht, wird durch die unzulässigen Beschwerden Veranlassung gegeben hat, veranlaßte die Kriminalpolizei zu einer neuen Razzia, weil nach der großen Razzia vom vergangenen Monat eine dauernde Besserung nicht eingetreten war. Am Sonnabend nachm. Kriminaloberwachmeister Deitmann mit vielen Beamten und einem Aufgebot der Schutzpolizei eine neue gründliche Säuberung vor. Die Eingänge wurden besetzt und die Besucher des Wagens, der Reitbahn und der Schaukasten wurden bis auf die, die sich genötigt auswählen konnten, auf Lastkraftwagen nach dem Polizeipräsidium gebracht, um dort weiter gefolgt zu werden. Ueber 300 Personen, meistens halbwüchsige Burschen und Mädchen, füllten fünf Kraftwagen. Der nächste Morgen rief wieder eine große Ansammlung von Menschen hervor, die sich vom Bahnhof bis nach der Weidenammer Brücke hin erstreckte.

Es wäre wirklich interessant zu erfahren, weshalb nicht endlich mit diesem ganzen Raubgucker, der einem der lebhaftesten Verkehrspunkte der Stadt weder zur Ehre noch zur Arbeit gereicht, Schluß gemacht werden kann. Es mag ja für die Kriminalpolizei ganz bequem sein, aus solchen Sammelpunkten der Verbrechenswelt festzusetzen „mit vollen Händen“ schöpfen zu können, aber die Öffentlichkeit hat wenig Verständnis dafür, daß deshalb dieser seit Jahren beständig bestehende Rummelpfad auch nur einen Tag länger besteht.

Wieder einer.

Die Bezirksamtswohnen im Verwaltungsbezirk 12 (Steglich) sind vom Oberpräsidenten bestätigt worden. Die Einführung der Gewählten dürfte am nächsten Montag erfolgen. Der Oberpräsident kann, wie aus dieser neuesten Bestätigung hervorgeht, auch schnell arbeiten, namentlich wenn es sich um Verwaltungsbezirke mit fast bürgerlicher Beschaffenheit handelt. In Bezirken mit sozialdemokratischer Mehrheit scheint der Oberpräsident der allzu gewissenhaften Rückfragen wegen nicht vom Fleck zu kommen.

Elternbeirat und Schulpdeputation.

Darf ein Elternbeirat in Sorge um die der Schule anvertraute Jugend sich die Schulpdeputation an die Schuldeputation wenden? Es scheint, daß die Schuldeputation das nicht wünscht. Auf diese Vermutung kommen wir aus Anlaß eines Falles, der uns aus der Berliner 215. Gemeindefschule (Dunderstraße) bekannt wird. Wegen häufigeren Auftretens von Gonorrhoe unter Schulpdeputierten hatte die Schuldeputation an alle Schulpdeputierte die Bitte gerichtet, den Elternbeiräten auf Wunsch beschreibende Vorträge über diese Krankheit zu halten. Der Elternbeirat der 215. Schule reichte daraufhin bei der Schuldeputation an, die Schulpdeputierten und Aborte täglich zu reinigen und die Aborte zu desinfizieren. Die Schuldeputation antwortete, Uebertragung von Geschlechtskrankheiten erfolge selten durch Benutzung infizierter Aborte, aber die Einschränkung der Reinigung beschränke sich selbstverständlich nicht auf die Aborte. Das soll vermutlich heißen, daß wenigstens die Aborte täglich gereinigt werden. Diesen Bescheid übermittelte die Schuldeputation aber nicht dem Elternbeirat direkt, sondern dem Rektor der 215. Schule, und sie wies ihn an: „Wir ersuchen Sie, dem entgegenstehenden Elternbeirat, dessen Tätigkeit sich bestimmungsgemäß auf mündlichen Verkehr mit dem Lehrerkollegium zu beschränken hat, in diesem Sinne zu beschreiben.“ Das sieht fast so aus, wie wenn die Schuldeputation sich die Elternbeiräte zehn Schritte vom Leibe hatten will. Und seit wann hat die Tätigkeit der Elternbeiräte sich auf mündlichen Verkehr mit dem Lehrerkollegium zu beschränken?

Gedenkstunde für die Kapp-Opfer in Schöneberg. Der Erinnerung an die bei den Märzunruhen vor einem Jahre Gefallenen, besonders unserem Parteigenossen Georg Heideich, soll eine stimmungsvolle Gedächtnisfeier, die vom Bezirksverband Groß-Berlin der S.P.D., 11. Kreis, 79. Abteilung, bei sehr zahlreicher Beteiligung am Sonntag veranstaltet wurde. Um die dritte Stunde sammelten sich im Parteisalon von Groß, Sedanstraße, die Genossinnen und Genossen des 11. Kreises Schöneberg und zogen gemeinsam nach dem Rüdischen Friedhof „Blanke Höhe“. Die Gedendrede hielt Genosse Pfarrer

Meier. Genosse Stenzel legte im Namen der 79. Abteilung einen Kranz auf das Grab des Genossen Heideich nieder. Der Schöneberger Männerchor, Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes, verschönte die Feier mit dem Vortrag einiger Arbeiterlieder. Die eindrucksvolle Feier nahm einen würdigen Verlauf.

Erweiterter Betrieb in allen Badeanstalten. Eine Verfügung des Kohlenamtes die den Badeanstalten mit Rücksicht auf die Kohlenersparnis bis jetzt starke Betriebsbeschränkungen auferlegt hatte, ist teilweise aufgehoben worden. Infolgedessen sind vom morgigen Dienstag ab sämtliche Badeanstalten in Groß-Berlin und Umgebung wöchentlich wieder an 5 Tagen geöffnet und zwar von Dienstag bis Sonnabend, während die Anstalten Sonntag und Montag geschlossen bleiben.

Ueber Geschlechtskrankheiten und ihre Bekämpfung veranstaltet der Landesverband für hygienische Volksbelehrung in Gemeinschaft mit dem Reichsverband der Arbeitervereine in Berlin und der Gesellschaft für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten am Dienstag, den 22. März (Charlottenburg und Schöneberg 28. März), abends 8 Uhr, inentsprechliche Lichtbilder-Vorlesung von Vorträgen für Frauen in allen Teilen der Stadt. Näheres siehe Ausschlagblätter.

Reichsbund der Reichsbeschädigten. Bezirk Ost. Montag, den 21. März, abends 7 Uhr: Sitzung beim „Squidhoh“, an der Schlichtungsstelle.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Montag, 21. März:

26. und 28. Abteilungen. 7 1/2 Uhr in der Schule Schöneberger Allee 16 a: Frauenabend. Referent: Guitas Weide.

42. Abteilung. Der Frauenabend findet heute abend nicht bei Unstimmigkeiten der Delegierten, Tegeler Straße 22, statt.

Sport.

Berlin-Kottbus-Berlin, Straßenrennen über 271,2 Kilometer. Berufsfahrer: 1. H. Stewert-Berlin 8 St. 59 Min. 47 Sec., 2. Fischer-Köln 9 St. 47 Sec., 3. Wolf Huchste-Berlin 9 St. 3 Min. 45 Sec., 4. G. Bauer-Charlottenburg 9 St. 6 Min. 11 Sec. — Amateure: 1. Karl Hoffmann 9 St. 29. Min. 10 Sec., 2. K. Orlewicz 9 St. 30 Min. 26 Sec., 3. Bachmann 9 St. 32 Min. 44 Sec., 4. Blum 9 St. 54 Min. 57 Sec., 5. Karl Rohlf 9 St. 54 Min. 58 Sec.

Die Roden auf der Olympiabahn am Sonntag waren trotz des kalten, regnerischen Wetters noch weit stärker besucht, als am Eröffnungstage. Das Hauptereignis, der Große Frühlingpreis über insgesamt 80 Kilometer, gestaltete sich aber leider zu einer nur zohlenen Sache. Salchow hatte in beiden Läufen gleich vom Start ab den sicheren Sieg in der Tasche. Am besten hielt sich noch Wittig zu Salchow; der sonst so schnelle Sawall sowie Krupat enttäuschten und Stelbrink hatte kurz nach Beginn des zweiten Laufes seine Kräfte bereits völlig verausgabt. In den Hitzegerennen war Stabe obermals der siegreichste Fahrer. Der Holländer Koudewiel konnte sich noch wenig Geltung verschaffen, aber dennoch schien es so, daß weit mehr in ihm steckt, als er gestern bei seinem ersten Start in Deutschland aus sich herausgeholt vermochte.

Ergebnisse Preis von Spandau, 1900 Meter: 1. Stabe, 2. Semede, 3. Dähler, 4. Schaub. — Großer Frühlingpreis, 1. Lauf, 80 Kilometer: 1. Salchow 27 Min. 07 Sec., 2. Wittig 29:0, 3. Stelbrink 29:0, 4. Sawall 29:0, 5. Krupat 29:0. — 2. Lauf, 80 Kilometer: 1. Salchow 41 Min. 55 Sec., 2. Wittig 42:0, 3. Krupat 42:0, 4. Sawall 42:0, 5. Stelbrink 70:0. — Preis von Berlin, 1000 Meter: 1. Salchow 27 Min. 07 Sec., 2. Wittig 27:40, 3. Sawall 27:60, 4. Krupat 27:40, 5. Stelbrink 27:40. — Preis von Berlin, 2000 Meter: 1. Semede-Stabe, 2. Koudewiel-Podgusch, 3. Koudewiel-Podgusch, 4. Schaub-Stabe, 5. Koudewiel-Podgusch. — Preis von Berlin, 2000 Meter: 1. Seel (140), 2. Koudewiel (110), 3. Koudewiel (180), 4. Kuper (110), 5. Koudewiel (115 Meter Vorgabe).

Gewerkschaftsbewegung Streik im Einzelhandel.

Heute früh hat in den mittleren und großen Betrieben des Berliner Einzelhandels der Streik der handelshilfs- arbeiter begonnen, an dem 4500 bis 5000 Personen beteiligt sind. Am Sonntag fand die endgültig entscheidende Versammlung der Arbeiter des Einzelhandels, einberufen vom Transportarbeiterverband, im Gewerkschaftshaus statt. Der große Saal war überfüllt, jeder Stehplatz ausgenutzt. Vollmeier gab den Bericht. Es geht um die Anerkennung des am 9. März gefällten Schiedsspruchs, nach dem auf alle Grundlöhne, die jetzt 200 bis 230 M. betragen, ein Zuschlag von 15 Proz. zu zahlen ist. Die Arbeiter hatten innerhalb 7 Tagen nach Fällung des Schiedsspruchs diesem zugestimmt, während in der gleichen Zeit eine Erklärung der Arbeitgeber bzw. ihrer Organisation nicht zu erlangen war. Am Sonnabend hat eine Funktionsversammlung den Streikbeginn für Montag früh beschlossen. Ihr lag das Refusiat der Urabstimmung vor, die die statutarische Weidreheit ergeben hatte. An der Urabstimmung beteiligten sich 3150 Kollegen und Kolleginnen. Davon stimmten 2529 für den Streik.

Nach kurzer Diskussion, in der alle Redner erklärten: „Nicht mehr reden, sondern kämpfen!“ beschloß die Versammlung einstimmig, von Montag früh den Streik zu beginnen. Auch die Nachwächter werden gleich am ersten Tage aus den Betrieben herausgezogen. Wo hierzu eine Ausnahme notwendig ist, entscheidet dies lediglich die Zentralleitung. Die kleinen Geschäfte sind bisler bei dem Streik noch nicht beteiligt.

Der Friedhofsarbeiterstreik.

Wir berichteten bereits in voriger Woche, daß die Lohnbewegung der Friedhofsarbeiter ein sehr reichliches Stadium erreicht hätte. Leider ist nun zur Laifische geworden, was die Organisation stets zu vermeiden sich bemühte. Am letzten Freitag verfuhrte der Verband der Gärtner, in einem erneuten Termin des Schlichtungsausschusses, der von Amts wegen einberufen war, eine Eintrunna herbeizuführen. Die Arbeiter hatten nur die platonische Antwort über: Unter der Bedingung, daß auf eine Lohnherhöhung von 10 Prozent verzichtet wird, sind sie bereit, die bisherigen Löhne und die Wirtschaftsbetriebe weiterzuführen. Die Kirchenvereine einschließlich Berliner Stadtfrnario sind also gnädiglich bereit, auf den von ihnen beabsichtigten Lohnabbau zu verzichten, wenn die Arbeiter sich mit dem bisherigen Hungerlohn zufriedengeben. Da eine Eintrunna im Vernehmlichens nicht zu erzielen war und von den Herren Geistlichen strikt abgelehnt wurde, fällt der Schlichtungsausschuß einen Schiedsorsch. Dieser Versuch brachte eine Folge von 30 Pf. Ernst bewiesen damit die Arbeiterbeherbeißiger und der Vorsitzende, daß sie die brennende Not der Friedhofsarbeiter nicht verstehen können. Die Arbeiterbeherbeißiger mußte diesen Schiedsorsch als eine glatte Verhöhnung betrachten, zumal die Geistlichen überhaupt nichts zugeben wollten. Denn die Kirchenvereine wollten gar keine Einigung. Sie haben uns direkt aufgefördert: Streikt doch!

Die Arbeiter aber wollten den Kampf nicht. Sie sind bezu von den Geistlichen systematisch herausgefordert worden. Sie sind überzeugt, daß sie einen gerechten Kampf kämpfen. Daher wenden sie sich an die gesamte Öffentlichkeit und bitten um Unterstützung durch möglichste Sympathie!

Die Arbeiter beharren aufs tiefste, daß sie durch den Kampf schließlich den Schmerz der Hinterbliebenen hart treffen werden. Wer nicht die Arbeiter, nicht die Vertreter der Kirchenvereine, die Geistlichen selbst sind die Schuldigen.

Schweinehund schon wieder auf!

Schweinehund schon wieder auf! und drohte ihn weiter mit einer Schußwaffe. Dabei sah er wie drei Männer aus dem Hause Zehdenicker Straße 16 herauskommen dessen Hintergrundstück an den Posthof führt. Der Postkassierer setzte ihnen, soweit er konnte, nach, verlor sie aber bei der Einbiegung in die Weinmeisterstraße aus dem Auge. Als er dort dann eine Postkassierpatrouille traf, waren die Räuber nicht mehr zu finden. Die Beamten begaben sich nach dem Postgebäude, wo der gefesselte Knack noch immer auf der Erde lag. Ihm waren die Hände zusammengebunden und die Hände mit einem fast fingerlangen Strick auf den Rücken geschnürt. Bald darauf brachte dann ein Hausbesitzer des Grundstücks Zehdenicker Straße eine Geldliste, die noch gefüllt war. Die Räuber hatten sie dem im Strick gefesselt. Bei einer Durchsichtung des Vorderhauses wurden im Erdgeschoss und im dritten Stockwerk noch zwei Geldsäcke gefunden, von denen der eine noch alles, der andere von einem darin befindlichen Geldbehalte von ungefähr 300 000 M. noch 18 000 M. enthielt. Zusammen waren auf diese Weise rund 300 000 M. wieder herbeigeschafft. Der Rest von über eine Million Mark fehlt noch. Die Aufnahme des Tatbestandes auf dem Postamt ergab, daß die Räuberbande von der Rückseite des Postgrundstücks in das Amt eingedrungen waren.

Ein früherer Ueberfall auf dasselbe Postamt.

Trotz der eifrigsten Nachforschung der Kriminalpolizei, die die ganze Nacht hindurch fortgesetzt wurde, konnte bis heute nichts ermittelt werden. Auf dem Postamt 54 wurde bereits in der Nacht zum Sonnabend, den 6. November v. J. ein Raubanschlag verübt, damals aber vereitelt. In jener Nacht befand sich der Postkassierer nämlich auf dem Hofe des Telegraphenbauamtes, von dem ein Torweg nach dem eigentlichen Posthofe führt, auf seinem Rundgange. Da stießen plötzlich drei maskierte Räuber über ihn her, kniebeten und fesselten ihn und sperrten ihn dann in den Abortraum. Der Ueberfallensschlug tröpfte dem Räuber und wurde vom Nachdienst innerhalb des Postgebäudes auch gehört. Diese Nachdienstbeamten kamen sofort herausgelaufen, um nach der Ursache des Lärmes zu forschen, und das veranlaßte die Räuber, ihren Plan aufzugeben und zu entfliehen. Der Raubversuch im November gab damals Veranlassung, in dem Postamt nicht mehr so viel Geld anzusammeln. Während bis dahin 10 Kilometer ihre Tagesentnahmen nach dem Amt 54 brachten, so daß sich dort Summen bis zu 5 Millionen ansammeln, nahm man jetzt eine Teilung vor. Sonst wäre den Räubern noch erheblich mehr in die Hände gefallen. Zur Aufklärung des Millionenraubes, besonders zur Aufklärung der ersten Spuren der Täter können vielleicht Bewohner des Hauses Zehdenicker Straße 16 oder Leute, die dort in der Sonntagsnacht in der dritten Morgenstunde vorübergekommen sind, beitragen.

20 000 Mark Belohnung.

Auf die Ergreifung der Täter und die Wiederherbeschaffung des geraubten Geldes hat die Oberpostdirektion eine Belohnung von 20 000 M. ausgesetzt. Verdienstmöglichkeiten Mittelungen sind an Kriminalkommissar Geißel und Wernburg, den Leitern des Raubdesernais des Berliner Polizeipräsidiums, Zimmer 80, Hausnummer 601 und 433 zu richten. Das oberste Geld bestand zum meistaus größten Teil aus Fünzigmarkstücken.

Eine neue Zentralpart-Razzia.

Das mühe Treiben, das gerade im Zentrum des Fremdenverkehrs auf dem Rummelpfad am Bahnhof Friedrichstraße seit langem herrscht, wird durch die unzulässigen Beschwerden Veranlassung gegeben hat, veranlaßte die Kriminalpolizei zu einer neuen Razzia, weil nach der großen Razzia vom vergangenen Monat eine dauernde Besserung nicht eingetreten war. Am Sonnabend nachm. Kriminaloberwachmeister Deitmann mit vielen Beamten und einem Aufgebot der Schutzpolizei eine neue gründliche Säuberung vor. Die Eingänge wurden besetzt und die Besucher des Wagens, der Reitbahn und der Schaukasten wurden bis auf die, die sich genötigt auswählen konnten, auf Lastkraftwagen nach dem Polizeipräsidium gebracht, um dort weiter gefolgt zu werden. Ueber 300 Personen, meistens halbwüchsige Burschen und Mädchen, füllten fünf Kraftwagen. Der nächste Morgen rief wieder eine große Ansammlung von Menschen hervor, die sich vom Bahnhof bis nach der Weidenammer Brücke hin erstreckte.

Es wäre wirklich interessant zu erfahren, weshalb nicht endlich mit diesem ganzen Raubgucker, der einem der lebhaftesten Verkehrspunkte der Stadt weder zur Ehre noch zur Arbeit gereicht, Schluß gemacht werden kann. Es mag ja für die Kriminalpolizei ganz bequem sein, aus solchen Sammelpunkten der Verbrechenswelt festzusetzen „mit vollen Händen“ schöpfen zu können, aber die Öffentlichkeit hat wenig Verständnis dafür, daß deshalb dieser seit Jahren beständig bestehende Rummelpfad auch nur einen Tag länger besteht.

Wieder einer.

Die Bezirksamtswohnen im Verwaltungsbezirk 12 (Steglich) sind vom Oberpräsidenten bestätigt worden. Die Einführung der Gewählten dürfte am nächsten Montag erfolgen. Der Oberpräsident kann, wie aus dieser neuesten Bestätigung hervorgeht, auch schnell arbeiten, namentlich wenn es sich um Verwaltungsbezirke mit fast bürgerlicher Beschaffenheit handelt. In Bezirken mit sozialdemokratischer Mehrheit scheint der Oberpräsident der allzu gewissenhaften Rückfragen wegen nicht vom Fleck zu kommen.

Elternbeirat und Schulpdeputation.

Darf ein Elternbeirat in Sorge um die der Schule anvertraute Jugend sich die Schulpdeputation an die Schuldeputation wenden? Es scheint, daß die Schuldeputation das nicht wünscht. Auf diese Vermutung kommen wir aus Anlaß eines Falles, der uns aus der Berliner 215. Gemeindefschule (Dunderstraße) bekannt wird. Wegen häufigeren Auftretens von Gonorrhoe unter Schulpdeputierten hatte die Schuldeputation an alle Schulpdeputierte die Bitte gerichtet, den Elternbeiräten auf Wunsch beschreibende Vorträge über diese Krankheit zu halten. Der Elternbeirat der 215. Schule reichte daraufhin bei der Schuldeputation an, die Schulpdeputierten und Aborte täglich zu reinigen und die Aborte zu desinfizieren. Die Schuldeputation antwortete, Uebertragung von Geschlechtskrankheiten erfolge selten durch Benutzung infizierter Aborte, aber die Einschränkung der Reinigung beschränke sich selbstverständlich nicht auf die Aborte. Das soll vermutlich heißen, daß wenigstens die Aborte täglich gereinigt werden. Diesen Bescheid übermittelte die Schuldeputation aber nicht dem Elternbeirat direkt, sondern dem Rektor der 215. Schule, und sie wies ihn an: „Wir ersuchen Sie, dem entgegenstehenden Elternbeirat, dessen Tätigkeit sich bestimmungsgemäß auf mündlichen Verkehr mit dem Lehrerkollegium zu beschränken hat, in diesem Sinne zu beschreiben.“ Das sieht fast so aus, wie wenn die Schuldeputation sich die Elternbeiräte zehn Schritte vom Leibe hatten will. Und seit wann hat die Tätigkeit der Elternbeiräte sich auf mündlichen Verkehr mit dem Lehrerkollegium zu beschränken?

Gedenkstunde für die Kapp-Opfer in Schöneberg.

Der Erinnerung an die bei den Märzunruhen vor einem Jahre Gefallenen, besonders unserem Parteigenossen Georg Heideich, soll eine stimmungsvolle Gedächtnisfeier, die vom Bezirksverband Groß-Berlin der S.P.D., 11. Kreis, 79. Abteilung, bei sehr zahlreicher Beteiligung am Sonntag veranstaltet wurde. Um die dritte Stunde sammelten sich im Parteisalon von Groß, Sedanstraße, die Genossinnen und Genossen des 11. Kreises Schöneberg und zogen gemeinsam nach dem Rüdischen Friedhof „Blanke Höhe“. Die Gedendrede hielt Genosse Pfarrer

Groß-Berlin

1 300 000 Mark Postgelder geraubt.

Nächster Ueberfall auf das Postamt 54.

Die Reihe der letzten Räubertaten in Groß-Berlin hat ihren Gipfel erreicht durch den nächsten Ueberfall auf ein Postamt in der Bohringer Straße, wobei den Räubern über 1 1/2 Millionen Mark in barem Gelde in die Hände fiel. Folgende Einzelheiten werden uns dazu mitgeteilt:

Nach dem Postamt 54 in der Bohringer Straße werden von sechs anderen kleineren Postämtern im Norden der Stadt die dort tagsüber eingegangenen Gelder gebracht und von hier an die Reichsbank abgeliefert. Am Sonnabend abend betrug die gesamte Einlieferungssumme über 1 300 000 M. Das Geld sollte dort bis Montag früh aufbewahrt und dann der Reichsbank zugeführt werden. Auf diese Weise hatten es die Räuber, die nicht nur die Geiselnahmen auf dem Postamt, sondern auch die Verlichtheiten genau gekannt haben müssen, abgesehen. Dieser Umstand läßt sich schon daraus schließen, daß irgendein noch auf dem Amt beschuldigter Mann oder vielleicht ein dort früher tätig gewesener Kusselker bei dem Raubzug seine Hand im Spiel haben muß. Zur Bewachung des Raumes, in dem das Geld niedergelegt wird, halten sich des Nachts über zwei Beamte in dem hinteren Teil eines Schalterraumes auf, der an das Zimmer führt, das die großen Geldsummen birgt. In der Nacht zum gestrigen Sonntag hatten der 42 Jahre alte Besitzverwalter Benj. Antoch aus der Schmelter Straße 50 und der Postkassierer Max Danne aus der Dänenstraße 80 diesen Dienst zu versehen. Außer diesen beiden Beamten war in den unteren Räumen des Postgebäudes niemand mehr, ein weiterer Postkassierer befand sich noch in einem der oberen Stockwerke.

Der Ueberfall.

Kurz vor 2 1/2 Uhr nachts hörten die Beamten, wie eine Tür leise geöffnet wurde. Sie nahmen nun zunächst an, daß der Beamte von oben heruntergekommen sei. Der Postkassierer Antoch sprang nun auf, eilte nach dem vor ihm liegenden Schalterraum und sah durch diesen drei maskierte Männer in gebückter Haltung heranschleichen. In kurzem sahen sich die beiden Postbeamten nicht weniger als haben Räubern gegenüber. Diese packten die Beamten, zogen ihnen in dem Raum liegende Postsäcke über den Kopf und warfen sie auf den Fußboden. Die Beamten hörten nun, wie die Räuber sich daran machten, die verlichlossene Tür zum Geldraum mit Brecheisen gewaltfam zu öffnen. Der Postkassierer Danne, der nicht gefesselt war, drehte sich noch wenigen Augenblicken um und als er sah, daß niemand mehr zugegen war, eilte er sofort hinaus, um Postbeamte von dem Ueberfall zu benachrichtigen, damit die Verfolgung der Räuber alsch aufgenommen werden konnte. Auf der Suche nach einer Polizeipatrouille sah er in der Zehdenicker Straße einen Mann, in dem er der Gestalt nach einen der Räuber wiedererkannte. Er rief ihm nach, doch dachte sich dieser auch plötzlich um und rief ihm zu: „Bist du

